

Rezepte gegen die Wut am Steuer

2000 Experten wollen auf dem Verkehrsgerichtstag die zunehmende Aggression auf den Straßen eindämmen

Wenn der „Hass Gas gibt“: Raser, Drängler und Pöbler gefährden die Sicherheit auf deutschen Straßen und verärgern andere Verkehrsteilnehmer immer mehr. Der Verkehrsgerichtstag in Goslar sucht seit gestern nach Wegen, wie die steigenden Aggressionen auf Autobahnen, aber auch in den Städten eingedämmt werden können.

VON PETER MLODOCH

Goslar. Sie rasen über Fußwege, scheren sich nicht um Ampeln und Fahrtrichtungen und sind notorische Lichtmuffel. „Kaum ein Radler fährt mit vorgeschriebener Beleuchtung“, beklagt der Präsident des Verkehrsgerichtstages (VGT), Kay Nehm. „Wer heute in dunkler Jahreszeit mit dem Auto unterwegs ist, muss höllisch aufpassen.“ Der frühere Generalbundesanwalt fordert Polizei und Behörden auf, härter gegen Rüpel-Radfahrer einzuschreiten. „Die offensichtliche behördliche Duldung lebensgefährlicher Verhaltensweisen ist ein Skandal.“ Ein zusätzliches Ärgernis sei es, dass bei einem nächtlichen Zusammenstoß oft die unachtsamen Autofahrer für die Schäden haften müssten.

Autofahrer gegen Radfahrer, Autofahrer gegen Autofahrer: Gegen die „Wut am Steuer“ suchen die knapp 2000 in Goslar versammelten Experten nach wirksamen Rezepten. Immer mehr Verkehrsteilnehmer beschwerten sich laut einer Studie des ADAC über Raser, Drängler und Pöbler – vor allem auf den Autobahnen. Durch dichtes Auffahren fallen insbesondere BMW- und Mercedes-Fahrer negativ auf. Aber auch in den Städten geraten die Kraftfahrer, Radler und Fußgänger immer häufiger aneinander. Berufliche und private Probleme, schlechte Straßenzustände, Konkurrenzdenken sowie Hektik und Zeitdruck haben Verkehrspsychologen als Hauptursachen der zunehmenden Aggressionen ausgemacht.

Selbst moderne Errungenschaften, die eigentlich das Reisen leichter machen sollen, geraten in Verdacht. „Das Navigationssystem kann zu einer erbarmungslosen Sklaventreiberei ausarten“, warnt Rainer Hillgärtner von Auto Club Europa (ACE). Wenn sich die für die Route ursprünglich berechnete Ankunftszeit etwa durch Staus verschiebe, versuche der Fahrer häufig, durch riskante Raserei die verlorene Zeit wieder reinzuholen.

Ein allgemeines Tempolimit könne den Verkehrsfluss insbesondere auf Autobahnen gleichmäßiger machen und Stress abbauen, schlägt der Jura-Professor Gerrit Manssen von der Universität Regensburg vor. Mit dichteren Kontrollen, auch mit der abschnittswisen Geschwindigkeitsüberwachung müsse man Rasern und Dränglern beikommen. „Keine Toleranz für Aggressionstäter“, fordern die Unfallforscher der Versicherungswirtschaft.

Widerspruch gegen ein Tempolimit kommt prompt vom ADAC. Autobahnen seien trotz der vielen gefahrenen Kilometer mit Abstand die sichersten Straßen, meint Ulrich Klaus Becker, der Vizepräsident des Vereins. „Für ein Tempolimit besteht daher kein Bedarf.“ Der ACE sieht auch in nicht nachvollziehbaren Vorschriften eine Ursache für Aggressionen. Wenn auf einer leeren, schnurgeraden Autobahn Tempo 120 angeordnet werde, mache dies die Fahrer wütend. Gegen schärfere Strafen spricht sich der Deutsche Anwaltverein (DAV) aus. Die bestehenden Sanktionen etwa bei Nötigung und Verkehrsgefährdung reichten völlig aus, sie müssten allerdings auch konsequent verhängt werden, erklärt DAV-Experte Andy Ziegenhardt.

In Goslar beschäftigen sich die Experten aus Justiz, Polizei, Verwaltung, Medizin und Versicherungswirtschaft auch mit fehlerhaften Blitzern. Oft seien Kontrollprotokolle nicht nachvollziehbar, klagen Anwälte. In einem der acht Arbeitskreise geht es darum, Kinder und Jugendliche im Straßenverkehr besser vor finanziellen Unfallfolgen zu schützen. Bisher haften Kinder

bis zu sieben Jahren gar nicht, Kinder bis zu zehn Jahren nur dann, wenn sie vorsätzlich gehandelt haben. Psychologen wollen diese starre Grenze auflockern. Andere Fachleute warnen dagegen, dass dadurch dann mehr schuldlose Autofahrer auf ihren Kosten sitzen blieben. Heute will der VGT seine Empfehlungen an Gesetzgebung, Justiz und Verwaltung beschließen.



FOTO: DPA

Experten lehnen Ramsauers Punktesystem ab

■ **Kein gutes Haar lassen die Fachleute des Verkehrsgerichtstages (VGT) an den Punkte-Plänen von Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU).** Zwar sei eine Reform der Flensburger Verkehrssünderkartei dringend erforderlich, aber „nun droht ein Regelwerk, das dem allen an Ungeheimtheit und Intransparenz nur unwesentlich nachsteht“, schimpft VGT-Präsident Kay Nehm. Künftig soll es nur noch für sicherheitsrelevante Verkehrssünden und Delikte ein bis drei Punkte geben, für Rollichtverstöße und Alkoholtouren also, aber etwa nicht mehr für das unerlaubte Einfahren in eine Umweltzone. Derzeit gibt es für Verkehrssünden ein bis sieben Punkte. Da-

für ist man aber schon bei acht (bisher 18) Punkten den Führerschein los – für Berufskraftfahrer eine existenzbedrohende Aussicht, findet der ehemalige Generalbundesanwalt. Wie Automobilclubs und Verkehrsanwälte bemängelt Nehm die undurchsichtigen Tilgungsregeln. Die Lösch-Fristen von bis zu zehn Jahren seien teilweise übermäßig lang. Keine Gnade findet auch Ramsauers Idee, den Punkterabatt bei freiwilliger Teilnahme an einem Verkehrssicherheitseminar zu streichen. Bevor der Führerschein weggenommen werde, müsse man noch eine solche Chance bekommen, so die fast einhellige Meinung in Goslar. (hpm)